

Bleiberecht für alle heisst:

Sofortiger Ausschaffungsstopp

Jede Ausschaffung ist illegitim. Ausschaffungen lösen keine Probleme und sind unproportionale Massnahmen. Sie stehen nicht im Einklang mit den Menschenrechten und *missachten den Entscheid der Auswanderung und die damit auf sich genommenen Hürden der MigrantInnen*.

Kollektive Regularisierung (Negativentscheide, NEE, Sans-Papiers)

In einem Rechtsstaat hat jede Person ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. (Illegal anwesenden) Illegalisierte Personen mit prekärem Aufenthaltsstatus (Personen mit NEE, abgewiesene Asylsuchende) haben in der Schweiz keine Aussicht auf ein würdiges Leben. Ihr illegaler Status ist nicht das Ergebnis eigener Verschuldung, sondern das Resultat der aktuellen Migrationspolitik.

Sofortige Umsetzung der Härtefallregelung

Asylsuchende, welche mehr als fünf Jahre in der Schweiz leben, haben laut Härtefallregelung Anrecht auf eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B). Die noch harzige Umsetzung dieses Artikels muss sofort einer konsequenten Anwendung desselben weichen.

Recht auf Familienzusammenführung und Privatleben

Staatliche Bedingungen, welche die Familienzusammenführung verhindern, müssen abgeschafft werden. Behörden haben in keinem Fall das Recht, sich in eheliches Zusammenleben einzumischen. Keine EheschnüfflerInnen!

Bleiberecht für alle heisst auch neu gedachte Migrationspolitik:

Allgemeiner freier Personenverkehr

Diese Massnahme ist der einzige Ausgangspunkt zur Lösung der aktuellen Probleme in der Migrationspolitik, denn der freie Personenverkehr berücksichtigt die historischen Ursachen der Migration. Die Migration muss als globales und nicht lokales Phänomen betrachtet werden und folglich auch die Art der Beziehungen zwischen den Ländern des „Nordens“ und des „Südens“, der eine hohe Erklärungskraft beigemessen werden muss. Ein Grossteil der Migration ist hauptsächlich auf die enormen sozialen Ungleichheiten zwischen wirtschaftlichen Zentren (Europa, Japan, Nordamerika) und deren Peripherie zurückzuführen. Unsere Regierungen betreiben eine Politik, welche in vielen Ländern Armut und Gewalt auslöst und somit zwangsläufig Migrationswanderungen fördert. Es ist demnach noch weniger zu rechtfertigen, dass der freie Verkehr von Gütern als auch Finanzkapital gefördert, die freie Bewegung der Menschen jedoch verhindert wird.

Kein „Ausländerproblem“ - sondern oftmals ein Problem der Armut

Für die bürgerlichen Kräfte dieses Landes sind erhöhte Jugendgewalt, Kriminalität, Drogenkonsum, AutoraserInnen oder „Sozialversicherungsmissbrauch“ auf ein „Ausländerproblem“ bzw. auf kulturelle Unterschiede zurückzuführen. Unsere Gesellschaftsprobleme entstehen jedoch nicht durch konstruierte kulturelle Unterschiede, sondern vielmehr durch soziale Ungleichheit. Um sie zu lösen, müssen die Gründe von Armut und nicht die MigrantInnen bekämpft werden.

Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle

Die Schweizer Migrationspolitik war stets stärker auf wirtschaftliche als auf menschliche Bedürfnisse ausgerichtet. Durch die heutige Politik werden MigrantInnen bzw. ArbeitnehmerInnen vermehrt in eine prekäre Lage gebracht. Die daraus resultierende Konkurrenz, das Lohn- und Sozialdumping, die Arbeitslosigkeit, der Stress und die Angst vor Stellenverlust führen zu einer Isolierung und Spaltung der Menschen. Von dieser Situation sind sowohl SchweizerInnen als auch MigrantInnen betroffen. Solidarität unter SchweizerInnen und MigrantInnen hat nichts Karitatives an sich, sondern schützt und nützt uns allen.